

**Protokoll:**

Rm Sauer (CDU) führt aus, dass die CDU Fraktion dieser Beschlussvorlage grundsätzlich zustimme. Jedoch gäbe es in dieser Angelegenheit Klärungsbedarf. Es stelle sich die Frage, ob überhaupt genügend Kapazitäten in personeller Hinsicht vorhanden seien.

Ebenfalls sei eine Chancen- und Risikenanalyse zu erstellen. Auch sei ein Stärken und Schwächenprofil zu entwerfen, aus der die Position der Stadt Koblenz zu den anderen Städten zu erkennen sei. Hierzu sei anzumerken, dass die anderen Kommunen höher verschuldet seien und sich dies nicht für Koblenz nachteilig auswirken dürfe.

Die Synergieeffekte seien in zwei Sitzungen des Werkausschusses „KGRZ“ beraten worden. Eine mit Sicherheit eintretende Synergie sei die interkommunale Arbeit, welche sich in anderen Bereichen als positiv erwiesen habe. Es sei insofern ein Vorteil, dass bei Gelingen der kommunalen Arbeit man sich z. B. nicht mehr mit so vielen Ausschreibungen zu befassen habe, wie das bisher der Fall sei. Denn jede Ausschreibung koste Zeit und Geld und daher sei dies ein wichtiger Faktor, der die Stadt in der Zukunft positiv begleite.

Dieser Prozesse solle nicht nur im Eigenbetrieb 17/KGRZ begleitet werden, vielmehr solle auch eine Beratung in den städtischen Gremien, also auch im Stadtrat, erfolgen. Denn die Berichterstattung aus dem Eigenbetrieb 17/KGRZ sei nicht immer verständlich, da nicht jeder intensive IT-Kenntnisse besitze.

Letztlich hoffe sie, dass diese Angelegenheit für die Stadt Koblenz einen positiven Impuls auslöse, um dadurch die Stadt Koblenz auch interkommunal gut aufzustellen.

Hierzu stellt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig klar, dass man sich zurzeit in einer Phase bewege, in der das KGRZ auch für regionale Interessensbekundungen anderer Kommunen als Dienstleister funktioniere.

Diese Grundsatzklärung strebe nicht nur mehr Kooperation in der Region sondern im gesamten Land Rheinland – Pfalz an. Auch werde ein arbeitsteiliges Vorgehen der verschiedenen kommunalen Gebietsrechenzentren anderer Städte beabsichtigt.

Die Frage von Rm Sauer (CDU) bezüglich der Kapazitäten sei daher positiv zu beantworten, weil dahinter die Vorstellung stehe, auf diesen Ebenen zu sparen. Zudem bestärkt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig die von Rm Sauer (CDU) zum Schluss gegebene Anmerkung, dass von Zeit zu Zeit im Haupt- und Finanzausschuss ggf. aber auch im Plenum des Stadtrates über den Erfolg des Projektes interkommunaler Ausgleich auf der Ebene der Gebietsrechenzentren so berichtet werde, dass der sich daraus ergebene, nicht technische, sondern auch haushaltswirksame Fortschritt erkennbar werde. Außerdem seien sektorale Entwicklungen in manchen Disziplinen nicht nur sektoral zu begleiten, sondern auch im Haupt- und Finanzausschuss zu diskutieren.

Es sei wichtig, bei bestimmten Eigenbetrieben oder auch bei bestimmten Gemeinschaftseinrichtungen, bei denen es um viel Geld gehe, die Risiken und Chancen im Haupt- und Finanzausschuss und im Stadtrat rechtzeitig zu beraten. Dies unterstreiche er insbesondere aus der Perspektive als Kämmerer und daher werde er auch als Vorsitzender im Werkausschuss „KGRZ“ auf dieses Vorgehen achten.

Rm Ackermann (Bündnis 90/ Die Grünen) ergänzt, dass seine Fraktion diese Bemühungen ausdrücklich unterstütze.

Er hätte sich gewünscht, dass solche Bemühungen bei der Einführung der Doppik erfolgt wären. Hier hätte landesweit mehr Kooperation erfolgen müssen. Heute sehe es leider so aus, dass die Doppik zum „Buhmann“ gemacht würde und er der Meinung sei, dass eine schlechte Einführung von oben herunter erfolgt sei.

Außerdem sei anzumerken, dass zukünftig der Landesrechnungshof bei solchen Umsetzungen positiv begleiten und nicht lediglich Probleme aufzeigen solle. Hierbei sollen mögliche Weichenstellungen erfolgen, um riesige Kostenszenarien für die Kommunen zu vermeiden. Die Doppik solle ein schlankes und spritziges Steuerungsmodell darstellen und nicht übliche Verwaltungsrituale hervorrufen.

Rm Scherhag (CDU) merkt an, er beziehe sich auf die Beschlussvorlage und verbinde gleichzeitig mit seinem Anliegen einen Verbesserungsvorschlag bezüglich der Ausführungen von Rm Ackermann (Bündnis 90/ Die Grünen). Er beklagt, dass ihm beim Durchlesen der Beschlussvorlage aufgefallen sei, dass die Unterschriften im Umlauf eingesammelt werden. Dies könne er sich nicht verstehen, da die Unterschriften auch in einem Parallelverfahren hätten eingesammelt werden können. Dies sei aus seiner Sicht wesentlich effizienter und für die Zukunft wünschenswert. Außerdem handele es sich um eine Beschlussvorlage, die der Stadt im Juni zugegangen sei und daher wäre eine deutliche Beschleunigung angesagt.